



Peter Rohland

„Gut gemeint ist längst nicht gut gemacht“

Mit dem von der Bundesregierung am 20. November 2002 verabschiedeten Gesetzentwurf zum Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen macht die rot-grüne Koalition deutlich, dass sie die Baubranche bei ihren Überlegungen zur Wiederbelebung der Konjunktur völlig „abgeschrieben“ hat. Dass

dieses Sparpaket für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland schädlich ist, wird der Koalition nicht nur von der betroffenen Branche, sondern auch von den wissenschaftlichen Institutionen bescheinigt. So hat beispielsweise das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) prognostiziert, dass die drastischen Kürzungen bei der Eigenheimzulage und den steuerlichen Abschreibungen sowie der vorgesehenen Pauschalbesteuerung von Immobilienverkäufen zu erheblichen Einbußen beim gesamtwirtschaftlichen Wachstum und bei der Beschäftigung führen wird. „Nicht nur konjunkturell, sondern auch strukturpolitisch sind die Koalitionsbeschlüsse bedenklich“ – so das DIW.

Aber auch die fiskalischen Überlegungen der Koalition bei der Neugestaltung der Eigenheimzulage gehen nicht auf: Dem sehr geringen geplanten Einsparvolumen – im kommenden Jahr sollen durch die Kürzungen bei der Eigenheimzulage gerade einmal 184 Millionen Euro erzielt werden – stehen deutlich höhere Steuermindereinnahmen (Grunderwerb-, Umsatz-, Körperschaft-, Einkommen- und Gewerbesteuer) durch eine nicht realisierte Bau- und Zusatznachfrage sowie erhebliche zusätzliche Transferleistungen durch eine gestiegene Arbeitslosigkeit gegenüber. Sollten als Folge der radikalen Kürzung der Eigenheimzulage etwa 50.000 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern nicht gebaut werden, wären pro Jahr etwa 220.000 Arbeitsplätze betroffen. Allein dies schlägt sich mit mindestens 4 Milliarden Euro bei der Arbeitslosenunterstützung nieder.

Die vorgesehene Neuregelung der Eigenheimzulage schließt gut die Hälfte aller Haushalte in Deutschland von der Wohneigentumsförderung aus. Betroffen sind insbesondere Schwellenhaushalte, denen der Weg ins selbstgenutzte Wohneigentum künftig nahezu unmöglich gemacht wird. Indem die Politik darauf verzichtet, über die Eigenheimzulage das Potenzial dieser Zielgruppe für das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland abzurufen, verabschiedet sie sich von einem bewährten konjunkturstabilisierenden Instrument und leistet damit einen „nachhaltigen“ Beitrag zur wirtschaftlichen Abwärtsspirale in Deutschland. Den erklärten Zielen der Koalition, die schwache Konjunktur zu beleben, und die öffentlichen Haushalte zu sanieren, kommt sie jedenfalls mit dieser Maßnahme nicht näher. Merke: „Gut gemeint ist längst noch nicht gut gemacht“.



Peter Rohland
Hauptgeschäftsführer des vhw